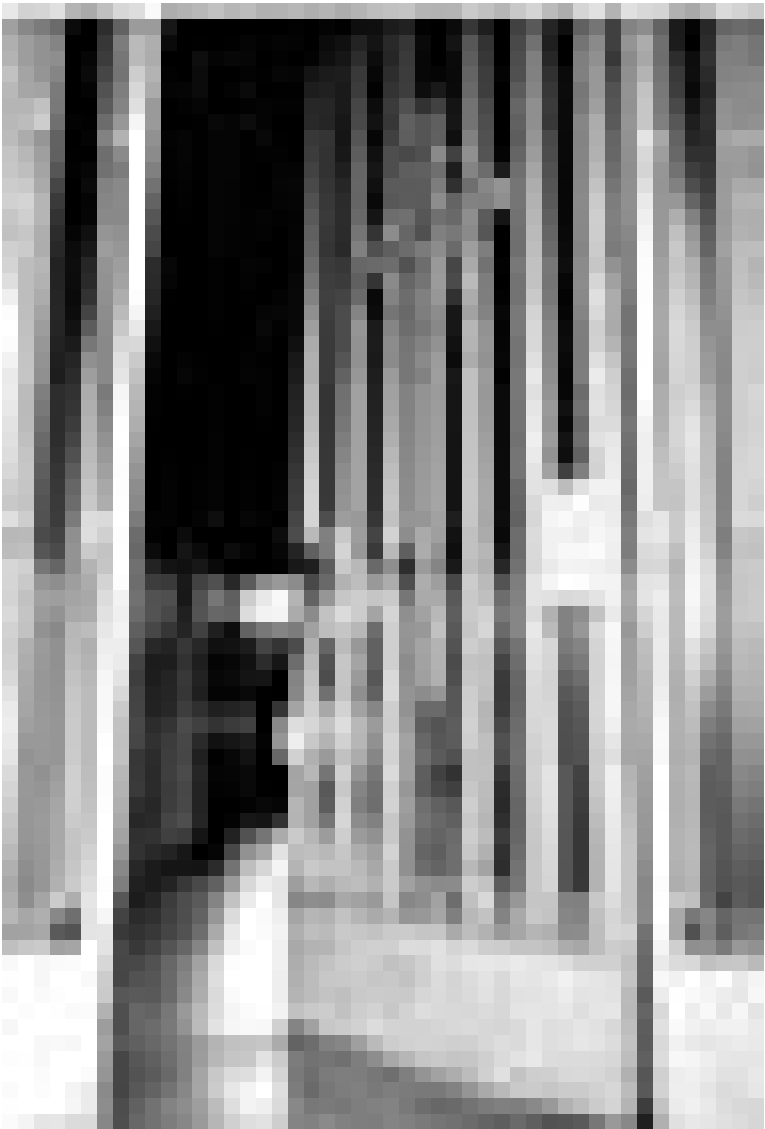


MIGRATION

Allein in der Kloake



Willkommen im Heim ihres Vertrauens ... (Foto: Serge Garcia Lang)

Katastrophale Situation in einem Escher Asylbewerberheim: Es gibt dort gravierende Hygienemängel, und ein Betreuer soll angeblich Druck auf die BewohnerInnen ausüben. Das zuständige Familienministerium klagt derweil über fehlendes Personal.

Das Haus in der Escher Grand-rue erweckt alles andere als einen einladenden Eindruck. Die Scheibe der Eingangstür ist eingetreten, beißender Uringeruch dringt nach draußen. Schwer zu glauben, dass hier jemand wohnt. In einem großen Raum, der an die linke Seite des Flurs grenzt, steht - außer ein Tisch - nichts. Es ist der Aufenthaltsraum des Asylbewerberheims, das in dem Gebäude untergebracht ist.

Von der anderen Seite des Gebäudes sind Stimmen zu hören: Zwei Männer streiten sich. Dann ein paar Schritte weiter: die Toilette. Die hat es Anfang Dezember zu zweifelhaftem Ruhm gebracht. Damals berichtete das Tageblatt über eine Räum- und Putzaktion in dem Asylbewerberheim und zeigte

ein Foto des Klos im Untergeschoss des Gebäudes - die Tür aus den Angeln gehoben, die Toilette selbst völlig verschmutzt, auf dem Boden leere und volle Wasserflaschen, Papier und Exkrememente.

"Asylantenheim gleicht einer Müllhalde", titelte das Blatt. In dem Artikel wurde beschrieben, wie Escher Gemeindearbeiter gemeinsam mit zwei Beamten der "Police spéciale" anrückten. Auf die Missstände hätten Nachbarn aufmerksam gemacht, hieß es von Seiten der Stadtverwaltung. Blankes Entsetzen gab es damals bei den Gemeindeverantwortlichen. Durch solche Zustände wachse die Gefahr von Fremdenhass, warnte Bürgermeisterin Lydie Mutsch. Doch die Gemeinde habe wenig Handlungsspielraum, sagte Schöffe Henri Hinterscheid. Die Hygienekommission habe bereits auf den Fall aufmerksam gemacht, ergänzte sein Kollege André Hoffmann diese Woche. Auch werde sich die Ausländerkommission der Stadt in ihrer nächsten Sitzung mit dem Fall befassen. Die Verantwortung für die AsylbewerberInnen trage aber vor allem das Familienministerium.

Von diesem lässt sich nur selten jemand in der Grand-rue blicken. Gerade einmal im Monat kommt jemand vorbei. "Unsere Personaldecke ist einfach zu dünn", klagt Christine Martin, die für Ausländerfragen zuständige Kommissarin im Familienministerium. "Für die Betreuung der Asylbewerber im ganzen Land haben wir nur vier Leute. Für gründliche Kontrollen reiche das nicht.

Problemgruppe Singles

Christine Martin weiß: Mehr Personal muss her, damit die AsylbewerberInnen hierzulande ausreichend betreut werden können. Doch bei dem festgezurrten Staatsbudget und dem Einstellungsstopp für Behörden dürfte das zurzeit utopisch bleiben. Dabei ist sich die Kommissarin bewusst, wie wichtig neue Strukturen sind. In Hesperingen und Schiffingen wurden welche geschaffen, in Esch habe sich die Gemeinde aber skeptisch gezeigt. "Der Schöfferrat ist bislang eine Antwort schuldig geblieben", sagt Martin. Die Gemeinde soll, geht es nach dem Ministerium, ein Grundstück zur Verfügung stellen. "Nicht unter diesen Bedingungen", entgegnet André Hoffmann. Auf einer Industriebrache hätte ein Foyer geschaffen werden sollen. Das hätte aber unweigerlich zu einer Ghettoisierung der HeimbewohnerInnen geführt, meint der Schöffe.

Derweil müssen die AsylbewerberInnen in der Grand-rue weiter unter den katastrophalen Bedingungen leben. Drei Wochen nach der städtischen Putzaktion herrschen immer noch die alten unhygienischen Zustände. Von einem Großputz keine Spur mehr. Früher habe es keine Probleme gegeben, was die Hygiene der AsylbewerberInnen anbelangte, erklärt Christine Martin. "Damals wohnten in

einem Heim vor allem Familien. Heute sind es aber mehrheitlich allein stehende Männer." In dem Escher Heim leben insgesamt 53 Menschen, 16 davon sind Singles aus unterschiedlichen Ländern. Diese "Problemgruppe", so Martin, sei im Erdgeschoss des Gebäudes untergebracht - dort wo die Missstände auftraten.

Die HeimbewohnerInnen trauen keinem mehr. "Ich wohne schon eine Weile hier. Keiner kümmert sich um uns", sagt ein Mann aus dem Kosovo und fügt hinzu: "Wir sind von überall her, Afrika, Ex-Jugoslawien, was weiß ich, woher noch. Wir haben einander wenig zu sagen. Und die luxemburgische Regierung interessiert sich auch nicht für uns."

Unterdessen macht sich ein Mann aus Bosnien-Herzegowina Sorgen um seine beiden kleinen Kinder. "Das Mädchen hat sich am kaputten Glas der Eingangstür geschnitten", sagt er. Seit 1998 wohnt er schon hier mit seiner Frau, den beiden Kleinen und seiner älteren Tochter. Letztere sagt, ihr Freund begleite sie immer bis in das winzige Zimmer im zweiten Stock, wo die fünfköpfige Familie lebt, weil es unten im Erdgeschoss zu gefährlich sei. "Da kommt dauernd die Polizei. Die da unten handeln doch mit Drogen", erzählt die junge Frau. Und aggressiv seien sie auch. Erst kürzlich hat es wieder eine Polizeirazzia gegeben. Man habe Diebesgut in dem Haus gefunden, nachdem jemand aus dem Haus beim Diebstahl auf frischer Tat ertappt worden sei, bestätigt die Polizei.

"Wir können hier nicht mal kochen", sagt die Mutter der jungen Bosnierin. Tatsächlich wurde die Küche schon vor längerer Zeit geschlossen. Das Essen bringt eine private Firma. Die BewohnerInnen sollen mehr in die Pflicht genommen werden und sich auch an den Kosten beteiligen, schlägt Christine Martin vor. "Die Leute bekommen keine Gelegenheit, selbst Verantwortung zu übernehmen", widerspricht Serge Kollwelter, Präsident der Association de soutien aux travailleurs immigrés (Asti). "Klar müssen sie mehr eingebunden werden. Andererseits bedarf es aber auch einer minimalen Präsenz an Betreuungspersonal." Zwar sei das Benehmen einiger HeimbewohnerInnen nicht zu entschuldigen, so Kollwelter. "Das heißt aber noch lange nicht, dass man die Leute im Stich lassen darf." Der Asti-Präsident verweist auf ein positives Beispiel aus Arlon. In dem dortigen Asylbewerberheim gibt es 16 BetreuerInnen. Zudem wird das Foyer ständig von einem Pförtner überwacht.

In Esch bleibt es hingegen bei der monatlichen Stippvisite. Nach woxx-Informationen soll darüber hinaus einer der Betreuer Druck auf HeimbewohnerInnen ausüben, indem er mit dem Entzug von Lebensmittelgutscheinen oder mit der Verlegung in ein anderes Foyer droht. Der Betreuer habe auch schon Fernsehgeräte beschlagnahmt, war aus mehreren Quellen zu erfahren. Christine Martin will derweil von solchen Machenschaften noch nichts gehört haben. "Das ist mir völlig neu", sagte sie.

Stefan Kunzmann

Forderungskatalog für mehr Verkehrssicherheit

Die "Sécurité routière" sieht akuten Handlungsbedarf. In einem Forderungskatalog, der den politischen Parteien überstellt wurde, verlangt die Vereinigung für Verkehrssicherheit unter anderem eine Leistungsbegrenzung für Fahrzeuge, die von Anfängern gelenkt werden, die Eingliederung der Verkehrserziehung in den Lehrplan der Schulen sowie die 0,5-Promillegrenze in allen EU-Ländern (Null-Promille-Grenze für AnfängerInnen) und die Einrichtung von Kameras an so genannten Brennpunkten. Darüber hinaus müsse die gesamte Beschilderung auf den Luxemburger Straßen überprüft werden, forderte der Vorsitzende der "Sécurité routière", Paul Hammelmann.

Als vorbildlich nannte Hammelmann die Verkehrssicherheitspolitik in Großbritannien, Schweden und in den Niederlanden. In diesen Ländern konnte die Zahl der Verkehrstoten in den vergangenen Jahren erheblich reduziert werden - ein Ziel, von dem Luxemburg noch weit entfernt zu sein scheint. Hierzulande hat die Zahl der Verkehrsunfälle nach Angaben der "Sécurité routière" seit 1995 zugenommen. "257 morts sur nos routes" (in vier Jahren) lautet deshalb eine Sensibilisierungskampagne der Vereinigung. Mit der soll auf die hohe Zahl der Verkehrstoten im Großherzogtum aufmerksam gemacht werden. Die Plakate werden landesweit an bestimmten Stellen am Straßenrand aufgestellt - als Abschreckung und als Mahnmale.

Luxemburger Schönseher 2004 auf dem Vormarsch

Die LuxemburgerInnen blicken wieder optimistischer in die Zukunft. Das ist die gute Nachricht, die das Meinungsforschungsinstitut Gallup zum neuen Jahr zu vermelden hat. 1.300 LuxemburgerInnen wurden befragt, und obwohl bei der Frage nach den Erwartungen für 2004 nicht genauer spezifiziert wurde, was genau gemeint ist - ob die privaten, die beruflichen oder die gesellschaftlichen Erwartungen - sie haben brav geantwortet. So sind 40 Prozent der Befragten überzeugt, dass das Jahr 2004 besser werden wird als 2003. Zugleich ist die Zahl der PessimistInnen im Vergleich zum Vorjahr um ganze neun Prozentpunkte gesunken. Das heißt: Seit Einführung dieser Umfrage hat es in Luxemburg nicht mehr so viele Schönseher gegeben. Nur 1989 und 2001 hat es mehr solcher Frohnaturen gegeben. Wobei dies wiederum fraglich ist, war 2001 doch das Terrorjahr überhaupt. Und damit sind wir bereits bei den schlechten Nachrichten:

Denn im internationalen Vergleich rangiert Luxemburg hinter Optimistenkönigen wie Hongkong (Sars lässt grüßen), Kosovo (viel schlimmer kann es den KosovarInnen nicht mehr gehen) und Georgien (die Leute wurden vor dem Sturz des Diktators Schewardnaze befragt). Das lässt an der Glaubwürdigkeit der Umfrage zweifeln. Traurig auch, dass es von den europäischen Ländern nicht ein Land geschafft hat, unter die Top 10 der Optimisten zu gelangen. Und das obwohl zehn Länder in diesem Jahr in die Gemeinschaft der heiß ersehnten Europäischen Union aufgenommen werden. Polen und die Slowakei, die Hoffnungsträger der Beitrittsländer rangieren sogar unter den Top-Pessimisten. Und bei den detaillierten Fragen wie zum Beispiel der nach der Wirtschaftslage, sieht es auch im blumigen Luxemburg nicht mehr ganz so rosig aus. Nur 26 Prozent glauben an einen wirtschaftlichen Aufschwung und an eine Erholung des Arbeitsmarktes glauben gerade mal neun Prozent an eine Erholung. Unter den Arbeitslosen äußern sich sogar 47 Prozent der Menschen skeptisch, ob sie wieder einen neuen Arbeitsplatz finden werden.

Auf die Frage, ob es 2004 mehr Sozialkonflikte geben wird, antworten immerhin 63 Prozent der LuxemburgerInnen damit, dass die nicht zunehmen werden. Ob das aber tatsächlich eine gute Nachricht ist, bleibt dahin gestellt. Ein paar Bankenstreiks und einige mehr Demos gegen den weltweiten Neoliberalismus könnten auch dem Großherzogtum nicht schaden.